

Ausschuss für Inneres und Sport

(64. - öffentliche - Sitzung am 7. November 2019)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020 - HG 2020 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4285](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2019 - 2023**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/4410](#)

Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 03** - Ministerium für Inneres und Sport - und den **Einzelplan 20** - Hochbauten - unter Einbeziehung der Mipla 2019 - 2023. Er führte die **Einzelberatung** durch.

2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020 - HG 2020 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4285](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2019 - 2023**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/4410](#)

Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 17** - Landesbeauftragte für den Datenschutz - unter Einbeziehung der Mipla 2019 - 2023. Er führte die **Einzelberatung** durch.

3. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/4486](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und empfahl dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen keine Änderungen.

4. **Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Glücksspieländerungsstaatsvertrag**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4571](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Die Fraktionen der SPD und der CDU brachten einen Änderungsvorschlag (Anlage 2) ein, und die Ausschussmitglieder kamen überein, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme dazu zu bitten. Der Ausschuss fasste die für den 5. Dezember 2019 vorgesehene Sitzung für den Abschluss der Beratung ins Auge, um das Dezember-Plenum zu erreichen. Der Vertreter der FDP-Fraktion kündigte an, dass auch die FDP-Fraktion noch einen Änderungsvorschlag vorlegen werde.

5. **Entwurf eines Gesetzes über das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz (Niedersächsisches Verfassungsschutzänderungsgesetz)**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/4821](#)

Der - federführende - Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Die Ausschussmitglieder kamen überein, zunächst das Ergebnis der Mitberatung durch den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsausschutzes abzuwarten.

6. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Vorgängen in Göttingen im Zuge einer geplanten Lesung des ehemaligen Bundesinnenministers de Maizière und den dazu stattgefundenen polizeilichen Maßnahmen**

Die Ausschussmitglieder kamen überein, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten. Bei Bedarf soll diese durch eine mündliche Unterrichtung ergänzt werden.